



Absturz: Erste Opfer geborgen. Seite 10

Peru: Blutbad im Dschungel

Indioproteste. Perus Regierung will die Bodenschätze des Dschungels freigeben. Proteste der Indios endeten in grausamen Kämpfen.

ULRICH ACHERMANN

LIMA (SN). Erst gab es Proteste der Indios, dann Zusammenstöße mit der Polizei – und schließlich ein Blutbad. Mindestens 50 Menschen kamen in der Amazonasregion im Norden Perus ums Leben. Bereits seit April hatten Indios eine wichtige Straßenverbindung durch den Urwald blockiert. Als in der Provinz Bagua Lebensmittel, Treibstoff und Medikamente knapp wurden, schlug die Polizei zu. Gesicherte Informationen über die Räumungsaktion gibt es nicht.

Nach Darstellung der Indios wurden die Besetzer mit zwei Hubschraubern aus der Luft unter Feuer genommen. Mehr als 30 Stammesangehörige sind erschossen worden. Darauf entwarfen die Ureinwohner Bodentruppen der Polizei und töteten zunächst 11 Mitglieder des Einsatzkommandos um.

Damit war das Blutbad im Urwald noch nicht zu Ende. Die Indianer nahmen 38 Polizisten – Bewacher von Erdölanlagen – als Geiseln und töteten neun von ihnen. Insgesamt verloren 23 Polizisten das Leben. Wie viele Opfer es insgesamt zu beklagen gibt, ist unklar. Perus Premierminister Yehude Simon spricht offiziell von neun toten Indios.

Die 63 Indio-Stämme des peruanischen Amazonasgebiets protes-

tieren gegen Pläne der rechtsgerichteten Regierung, den Abbau von Naturreichtümern im Urwald zu erleichtern. Es geht im Wesentlichen um Öl und Gas sowie um die Interessen der Holzwirtschaft. Die Ausbeutung solcher Schätze war bislang nicht erlaubt, wenn

sie auf oder unter Territorien der Indios lagen. Das will die Regierung nun ändern. Ein mit den USA unterzeichnetes Freihandelsabkommen hat den Appetit vor allem der ausländischen Industrie auf die peruanischen Reichtümer geweckt. Die Indios sind mit ihrem Protest nicht allein:



Straßensperre der Polizei – ein Indio wird durchsucht.

Bild: SN/AP

Perus Bischöfe halten den Widerstand für gerechtfertigt. Im Parlament geraten die für den Abbau der Rohstoffe nötigen Gesetzesänderungen unter Druck, weil sie die geltende Verfassung verletzen.

Der rechtsgerichtete Staatspräsident Alan Garcia erklärt sich die Vorgänge mit einer Verschwörungstheorie. „Fremde Interessen“ hätten die Indios gegen die Regierung aufgebracht, sagte er in Anspielung auf Venezuela und dessen linksgerichtete Regierung. Auch gegen die Führer der Indioverbände erhob Garcia schwere Vorwürfe. Sie hätten die Stammesbrüder mit falschen Informationen manipuliert.

Angeblieh gehen die Sicherheitskräfte mit großer Brutalität vor. So berichtete etwa der nationale Radiosender CNR unter Berufung auf den lokalen Radiosender „La Voz“, Polizisten seien in der Stadt Utcubamba in Krankenhäuser eingedrungen. Sie hätten verletzte Indios herausgeschleppt und seien mit ihnen mit unbekanntem Ziel davongefahren. Vor den Krankenhäusern wartende Angehörige seien mit Schüssen verjagt worden. Zudem sei eine Demonstration auf dem zentralen Platz der Stadt von einem Hubschrauber aus unter Beschuss genommen worden.

Der Anführer der Indiorebellion, Alberto Pizango, wurde unterdessen wie andere führende Köpfe der Indio-Bewegung zur Festnahme ausgeschrieben. Unbestätigte Angaben zufolge flüchtete Pizango nach Bolivien.

BRÜSSELER SPITZEN

Minister erzählt aus dem EU-Rat



GERALD STOIBER

So manchen österreichischen Ministern wird der Vorwurf gemacht, sie würden auf der Heimreise nach Wien bereits vergessen, was sie in Brüssel beschlossen haben. Um dem zu begegnen, geht Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) nun mit gutem Beispiel voran. Er hält nach einem EU-Ministerratstreffen die wichtigsten Punkte in einem kurzen Video fest und lässt es umgehend auf der Homepage des Außenministeriums platzieren (www.bmeia.gv.at). Die Premier hat er bereits im Mai absolviert. Damals ging es um die Garantien für Irland, den EU-Russland-Gipfel und den Schanzprozess gegen Aung San Suu Kyi in Burma. Schon nächste Woche beim Treffen der Außenminister in Luxemburg gibt es eine Fortsetzung der Ministerinterviews im YouTube-Stil. Die Initiative ist eines der ersten Ergebnisse von Spindeleggers „EU-Zuhörtour“ durch die Bundesländer. Das sei den anderen Ressortchefs zur Nachahmung empfohlen.

Im Wiener Ministerrat wurde kürzlich beschlossen, dass die EU-Information insgesamt verbreitert wird. Die Landtage und auch die Gemeinden sollen wieder einbezogen werden, um etwa die Kennzeichnung von EU-Projekten zu verbessern. Erstmals wird im Herbst vom Kanzleramt, Finanzressort und Außenministerium ein langfristiges Konzept zur Europainformation erstellt. „Reden ist das beste Hausmittel gegen Europaängste“, erklärt Spindelegger.

Wunder wird das nicht wirken. Aber dort und da könnte sich so mancher EU-Mythos wie etwa der von der überfallsartigen Abschaffung der Glühbirne weniger leicht festsetzen, wüssten die Menschen besser Bescheid.

Dorfbewohner töten Taliban

Pakistan: Vergeltung für Selbstmordanschlag

ISLAMABAD (SN, dpa). Als Reaktion auf den Selbstmordanschlag in einer Moschee im Nordwesten Pakistans haben Dorfbewohner mehrere Kämpfer der Taliban getötet. Der Nachrichtensender „Aaj“ meldete, elf Aufständische seien der Racheaktion zum Opfer gefallen. Die Zeitung „The News“

berichtete, die aufgebrachten Milizionäre hätten beim Sturm auf die Stellungen der Taliban „Pakistan ist erwacht“ gerufen. Ein halbes Dutzend Häuser, die Aufständische nutzten, seien niedergebrannt worden. Ein Stammesälterer sagte: „Wir sind nicht bereit, ihnen zu erlauben, ihren Terror hier zu entfesseln.“

Großer Andrang bei Wahl

Libanon: Christen sind in beiden Lagern zu finden

BEIRUT (SN, dpa). Der Libanon hat am Sonntag ein neues Parlament gewählt, ohne dass es zu größeren Zusammenstößen kam. Bei der Wahl, deren Ergebnisse heute, Montag, vorliegen sollten, standen einander zwei Blöcke gegenüber: die prowestliche Fraktion um den Sunniten Saad Hariri und eine vom Iran unterstützte Allianz unter Führung der schiitischen Hisbollah. In einigen Städten ga-

ben in den ersten vier Stunden nach Öffnung der Wahllokale schon mehr als 40 Prozent der Wähler ihre Stimmen ab. Beobachter erwarten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Lagern.

Eine wichtige Rolle spielen die Christen, die teilweise zum Hariri-Block und zur Allianz von Hisbollah mit dem Christen-General Michel Aoun gehören.

OHNE PROTOKOLL

Obamas machten Kurzurlaub in Paris

Die Familie Obama hat sich zum Abschluss ihrer Europavisite eine kurze Auszeit in Paris gegönnt. Am Samstag dinierten der US-Präsident und seine Frau Michelle in einem alteingesessenen Restaurant, das sich auf rustikale Gerichte spezialisiert hat. Nach Angaben des Personals wurde nur Wasser getrunken. Am Sonntag besuchte die gesamte Familie das Museum „Centre Pompidou“. Mit Obamas Rückflug in die USA wurde gegen Mittag gerechnet. Seine Frau Michelle wollte noch bis Montag in der französischen Hauptstadt bleiben. Sie war am Sonntagmittag mit ihren Kindern zum Essen bei Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und seiner Frau Carla eingeladen.

Nobelpreisträger nennt Berlusconi „Virus“

Nach sardischer Fotoaffäre zieht José Saramago gegen Italiens Regierungschef vom Leder

ROM, MADRID (SN, dpa, APA). Der Literaturnobelpreisträger José Saramago hat den italienischen Regierungschef Silvio Berlusconi (72) als „Virus“ bezeichnet. In einem Artikel für die linksliberale spanische Zeitung „El País“ schrieb der portugiesische Schriftsteller, Berlusconi sei eine „Krankheit und ein Virus“, das das Land Giuseppe Verdis in den moralischen Tod zu treiben drohe. Berlusconi verstoße nicht nur gegen Gesetze, sondern schaffe auch welche, die seinen eigenen Interessen diene, hieß es. Persönlichkeiten wie Giuseppe Garibaldi oder Giuseppe Verdi hätten Italien im 19. Jahrhundert zu einem geistigen Vorbild für Europa ge-



„Personen, die in einem Jacuzzi im Innern eines Gästehauses baden.“

Silvio Berlusconi, Regierungschef

macht. Berlusconi wolle diese Erregenschaften auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. „El País“ hatte am Freitag fünf der von Berlusconi Luxusvilla Certosa auf Sardinien geschossenen Bilder veröffentlicht. Berlusconi-Anwalt Nicolò Ghedini kündigte eine Klage an, weil die umstrittenen Fotos „illegal“ gemacht worden

seien. In Italien wurden sie auf Antrag Berlusconi beschlagnahmt. Der Fotograf Antonello Zappadu, der die Bilder aufgenommen hatte, sagte dem kolumbianischen Sender „Caracol Radio“, er fürchte Berlusconi mehr als die Guerilla in Kolumbien. Der Italiener hatte zuvor über den Guerilla-Kampf in dem lateiname-

rikanischen Land berichtet. Die Bilder zeigen Berlusconi (bekleidet) und kaum bekleidete, offenbar junge Frauen. Auf dem einzigen wirklich anrühenden Bild ist ein nicht mehr junger Mann zu sehen, aus dessen Badehose offenbar das Geschlechtsteil ragt. Die Bilder sollen während eines Besuches einer tschechischen Delegation fotografiert worden sein. Alle Gesichter mit Ausnahme Berlusconi sind unkenntlich gemacht. Tschechien Exregierungschef Mirek Topolánek nannte die Bilder eine „Montage“. Er sprach laut Medienangaben von einem „brutalen Eingriff in meine Privatsphäre“. Er schloss aus, nackt abgelichtet worden zu sein.